



Model United Nations Schleswig-Holstein 2016

Kommission für Wissenschaft und Technik

Einführung in die Themen

Sehr geehrte Delegierte,

wir sind Lisa Kerl, Gabriel Bock und Maximilian Rath und möchten Sie alle ganz herzlich in der Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung von MUN-SH 2016 willkommen heißen! Es ist uns eine Ehre, in Ihrem Gremium für die Dauer der Konferenz den Vorsitz innezuhaben und wir freuen uns darauf, Ihren Debatten zu folgen. Zunächst möchten wir uns Ihnen kurz vorstellen:



Lisa Kerl war bis 2013 selbst Teilnehmerin mehrerer verschiedener MUNs. Bei MUN-SH 2014 war sie als Vorsitzende des Menschenrechtsrats das erste Mal Teil des Teams. In diesem Jahr wird sie der Kommission für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung vorsitzen und sich um die Abschlussveranstaltung und die Logistik kümmern. Noch bis Dezember absolviert Lisa ein FSJ in Malaysia und wird danach im Masterstudiengang Mathematik in Medizin und Lebenswissenschaften an der Universität zu Lübeck studieren.



Gabriel Bock ist Student der Politikwissenschaft in Tübingen und arbeitet als Journalist für eine Tageszeitung. Der 23-Jährige ist seit mehreren Jahren für DMUN aktiv und hat die Projektleitung für unser Schwesterprojekt MUNBW 2016 übernommen.



Maximilian Rath ist nach einer Teilnahme an MUN-SH 2013 in diesem Jahr das erste Mal im Team als Gremiovorsitz der Kommission für Wissenschaft und Technik dabei. Außerhalb von MUN-SH studiert er Wirtschaftspsychologie an der Leuphana Universität Lüneburg.



Die Kommission für Wissenschaft und Technik wurde 1992 gegründet und tagte 1993 erstmals in New York. Ihre 43 Mitglieder werden durch den Wirtschafts- und Sozialrat (WiSo) für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Als Untergremium des WiSo kann die KWT keine eigenen Resolutionen verabschieden, sondern ist auf dessen Zustimmung zu ihren Resolutionsentwürfen angewiesen. Der WiSo kann die Entwürfe auch ablehnen oder zur Überarbeitung zurückschicken. Am Ende der thematischen Einführungen finden Sie einige wichtige Hinweise zum Völkerrecht, die für Ihre Arbeit im Gremium wie auch in der Zusammenarbeit mit dem WiSo wichtig sein könnten.

Die Kommission für Wissenschaft und Technik behandelt Fragen der Wissenschaft und Technologie und deren Auswirkungen auf die Entwicklung. Daneben fördert sie das Verständnis für Maßnahmen in diesem Bereich und formuliert Empfehlungen und Richtlinien zu entsprechenden Themen. Unterstützt wird die Kommission in ihrer Arbeit durch das Sekretariat der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development).

Die Themen, mit denen Sie sich beschäftigen werden, sind „Braindrain als Entwicklungshemmnis“ (Fragen dazu an Maximilian Rath – m.rath@mun-sh.de), „Zugang zu technischem Fortschritt“ (Gabriel Bock – g.bock@mun-sh.de) und „Recht auf lebensnotwendige Medikamente“ (Lisa Kerl – l.kerl@mun-sh.de). In dieser Einführung finden Sie zu jedem dieser Themen Texte, die Sie bei Ihrer Vorbereitung unterstützen sollen. Lesen Sie diese Texte aufmerksam und nutzen Sie auch die angegebenen Quellen für die Erstellung der Positionspapiere sowie Ihres Arbeitspapiers! Weitere Hinweise für das Verfassen der Papiere und die Recherche finden Sie im Kapitel „Vorbereitung“ des Handbuchs. Natürlich helfen wir Ihnen bei Fragen oder Problemen gerne weiter. Scheuen Sie sich also nicht, uns zu kontaktieren.

Abschließend wünschen wir Ihnen eine erfolgreiche Vorbereitung und freuen uns, Sie Anfang März im Kieler Landtag begrüßen zu dürfen!

Lisa Kerl, Gabriel Bock und Maximilian Rath



Braindrain als Entwicklungshemmnis

Geschichte/Einführung

Das Thema Brain Drain beschäftigt die Vereinten Nationen bereits sehr lange - die ersten Resolutionen dazu stammen aus den 1960er-Jahren. In ihnen wurde gefordert, diesem Problem die nötige Aufmerksamkeit zu widmen und die betroffenen Länder vor den damit verbundenen Konsequenzen zu schützen. Als Brain Drain bezeichnet man die Abwanderung von sehr gut ausgebildeten Menschen von ihrem Heimatland in ein anderes. Bei ihnen handelt es sich meistens um Akademiker, Forscher oder hochqualifizierte Arbeitskräfte. Im überwiegenden Teil der Fälle verlassen diese Arbeitskräfte Entwicklungsländer. Entwicklungsländer sind Staaten, die im Vergleich zu Industrienationen wirtschaftlich weniger weit entwickelt sind beziehungsweise einen niedrigeren Lebensstandard haben. Dies äußert sich etwa in einer niedrigen Alphabetisierungsrate, einer geringen Lebenserwartung oder einem mangelhaften Versorgungssystem mit medizinischen Gütern und Nahrungsmitteln. Viele gut ausgebildete Menschen aus Entwicklungsländern entscheiden sich aufgrund dieses niedrigeren Lebensstandards dafür, in Staaten mit höherem Entwicklungsgrad einzuwandern. Ihre gute Ausbildung macht es ihnen möglich, auch in diesen Staaten eine Beschäftigung zu finden. Häufig erhoffen sich die Einwanderer bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung. Außerdem können auch Faktoren wie politische Unruhen im eigenen Land, schlechte Förderung der Wissenschaft oder sogar die Diskriminierung Intellektueller Gründe für die Entscheidung zur Auswanderung sein.

Der zeitliche Beginn eines Brain Drains lässt sich oft schon in einem sehr frühen Stadium einer individuellen Entwicklung festmachen. Wenn junge Menschen unzufrieden mit den Bildungschancen sind, die sie in ihrem eigenen Land sehen, entscheiden sie sich nicht selten für ein Studium oder eine Ausbildung im Ausland. Zum Beispiel kann es sein, dass der von ihnen gewünschte Abschluss im eigenen Land

nicht erreicht werden kann oder dass sie ein international besser anerkanntes Studium absolvieren möchten. Nach dem Studium kehren dann zwar Viele wieder zurück in ihr Heimatland, ein nicht unerheblicher Teil bleibt aber oft auch in dem Land, in sie auch das Studium gemacht haben. Außer zum Studium verlassen auch zu späteren Lebenszeitpunkten Akademiker und Hochqualifizierte ihr Heimatland, meistens wegen besserer beruflicher Perspektiven. Tun sie dies nur vorübergehend und kehren dann wieder zurück, bezeichnet man dies als befristete Migration. Ein größerer Teil der Auswanderer wechselt den Wohnort aber für immer, was dann permanente Migration genannt wird.

Auf diese Art und Weise verlieren viele Entwicklungsländer jedes Jahr Teile ihres Humankapitals. Das Humankapital ist das menschliche Kapital eines Landes, also das gesamte Wissen, die gesamten Fähigkeiten und Kenntnisse seiner Einwohner, die eine wirtschaftliche Bedeutung haben können.

Wie schon deutlich geworden ist, sind an einem Brain Drain meistens weniger entwickelte Länder, aus denen Hochqualifizierte abwandern, und höher entwickelte Länder, in die die Hochqualifizierten einwandern, beteiligt. In den meisten Fällen findet ein Brain Drain von Entwicklungsländern in Industrienationen statt. Somit betrifft das Thema eine große Anzahl an Ländern. Auf der Seite der sogenannten Abgabländer, also der Länder, aus denen abgewandert wird, finden sich besonders mittelamerikanische Staaten, zum Beispiel El Salvador, Jamaika und Trinidad und Tobago, afrikanische Staaten, zum Beispiel Algerien, Ghana und Senegal, und asiatische Staaten, etwa Indien, Iran und Türkei. Auf der anderen Seite, der Seite der Aufnahmeländer, stehen vor allem europäische und nordamerikanische Staaten, insbesondere die USA, Kanada, Großbritannien und mitteleuropäische Staaten. Oft findet auch ein Brain Drain in direkte Nachbarländer statt, beispielsweise aufgrund eines höheren Lebensstandards oder einer besseren wirtschaftlichen Lage in bestimmten Berufsfeldern. Es kann sich sogar innerhalb eines einzelnen Staates ein Brain Drain vollziehen, zum Beispiel vom Land in die Städte.



Probleme

Obwohl die Anzahl der betroffenen Länder relativ hoch ist und sie in allen Regionen der Erde zu finden sind, ähneln sich die Probleme, die durch Brain Drain verursacht werden. Zunächst einmal ist es logisch, dass diejenigen Hochqualifizierten, die auswandern, im Herkunftsland nicht mehr zur Verfügung stehen, dessen Wirtschaft oder Wissenschaft oft nicht mehr unterstützen können und stattdessen die Entwicklung in anderen Ländern fördern. Oft sind Fachkräftemangel und fehlende Abdeckung verschiedener Wirtschaftsbereiche mit Personal die Folge. Wichtige Schlüsselpositionen in für die Entwicklung eines Landes wichtigen Wirtschaftsbereichen können dadurch nicht mehr besetzt werden. Der Brain Drain verursacht also sowohl einen Humankapitalverlust als auch eine Personalknappheit. Als Beispiel ist hier die medizinische Unterversorgung in vielen afrikanischen Ländern zu nennen, wie etwa in Ghana und Kenia, die auf einen Brain Drain medizinischen Fachpersonals zurückzuführen ist.

Neben diesem sehr wichtigen Verlust an kompetenten Fachkräften existiert auch ein finanzieller Verlust für die Abgabeländer. Dieser resultiert aus den Kosten, die vom Staat für Bildung und Ausbildung der späteren Auswanderer ausgegeben wurden. Als in den 1970er Jahren über diese Kosten diskutiert wurde, stand auch der Vorschlag zur Debatte, dass Auswandernde oder auch die Aufnahmeländer Entschädigung leisten müssten. Dies bezeichnete man als „Brain Drain-Steuer“. Tatsächlich umgesetzt wurde der Vorschlag aber nicht.

Ein weiterer Faktor sind die fehlenden Steuereinnahmen, da Ausgewanderte keine Steuern mehr an ihr Herkunftsland zahlen.

Aus Sicht einiger Entwicklungstheorien ist es vor allem problematisch, dass durch die Abwanderung gut ausgebildeter Einwohner die Eliten der Abgabeländer verschwinden, sodass das Entwicklungspotential der Staaten erheblich eingeschränkt wird. Die Folge davon kann ein sich selbst verstärkender Kreis sein: Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Perspektiven wandern die sehr gut ausgebildeten potentiellen Eliten eines Landes aus. Deswegen ver-

schlechtert sich die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des Landes weiter, was wiederum mehr Menschen zum Auswandern anregt.

Besonders problematisch aus Sicht der Vereinten Nationen ist, dass der durch den Brain Drain verursachte Mangel an Fachkräften speziell im medizinischen Bereich in vielen Entwicklungsländern dazu führt, dass die Millenniumsziele der Vereinten Nationen nicht erreicht werden. Diese Millenniums-Entwicklungsziele wurden im Jahre 2000 in gemeinsamer Arbeit von Vertretern verschiedener internationaler Institutionen erarbeitet und sollten eigentlich bis 2015 erreicht werden. Besonders in den Bereichen Kindersterblichkeit und Bekämpfung von Krankheiten führt das Fehlen von medizinischem Personal dazu, dass die gesetzten Ziele nicht erreicht werden. Natürlich ist der Brain Drain nicht alleine verantwortlich, denn oftmals kommen weitere wirtschaftliche und politische Faktoren hinzu.

Aktuelle Entwicklungen

Besonders im Zuge der Globalisierung hat der Brain Drain in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Globalisierung, also die Zunahme weltweiter Verflechtungen in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, bewirkt eine Verkürzung der empfundenen Entfernungen. Es ist heute deutlich einfacher, Kontakt zu Menschen aus dem Heimatland zu halten, sich über verschiedene Länder zu informieren und eine Auswanderung zu planen. Der Brain Drain wird also begünstigt durch die höhere Verfügbarkeit des Internets, über das man sich informieren und durch das man mit sozialen Netzwerken schneller kommunizieren kann. Die Konsequenz ist eine stärkere Mobilität des Faktors Arbeit, besonders bei Hochqualifizierten. Das heißt, dass vor allem das hochqualifizierte Personal deutlich freier geworden ist in der Wahl des Wohnortes. Für viele ist es weniger wichtig, an welchem Ort genau sie leben und arbeiten. Sie wollen vielmehr, dass ihre Bedürfnisse in Bezug auf ihre Beschäftigung, ihre Entlohnung und ihr soziales Umfeld erfüllt werden. Im 21. Jahrhundert nimmt der Brain Drain also aufgrund einer erhöhten Flexibilität Hochqualifizierter zu.



Dies bewirkt, dass insgesamt mehr Fachkräfte von Entwicklungsländern in Industrieländer einwandern, da in diesen in vielen Bereichen ein Mangel an qualifiziertem Personal besteht. So treten die verschiedenen Aufnahmeländer untereinander in einen Wettbewerb um die am besten ausgebildeten Zuwanderer. In fast allen westlichen Industriestaaten bestehen mittlerweile Anreizsysteme für Hochqualifizierte aus aller Welt. Um das Fehlen von Fachpersonal in den verschiedensten Bereichen ausgleichen zu können, werden gezielt Fachkräfte aus anderen Ländern angeworben. Besonders in den USA, Kanada und Australien existieren sehr ausgeklügelte Systeme, die Anreize nicht nur für die Hochqualifizierten selbst, sondern auch für deren Familienmitglieder setzen.

Die Folgen des verstärkten Brain Drains in den Abgabeländern sind häufig die oben genannten Probleme, also fehlendes Humankapital, Personalknappheit und finanzielle Nachteile für die Staaten. Doch in den letzten Jahren hat sich eine veränderte Betrachtung des Brain Drains etabliert. Im Jahre 2003 setzten die Vereinten Nationen eine Kommission zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Migration und Entwicklung ein, die „Global Commission on International Migration“. 2006 hielten die Mitgliedsstaaten der UN in der Resolution A/RES/61/208 fest, dass das Thema Entwicklung und Migration zwar eine Herausforderung für die globale Gemeinschaft ist, doch gleichzeitig auch eine Chance für die Abgabe- und die Aufnahmeländer. Migranten und Migration allgemein können laut der Resolution zur Entwicklung beitragen. In Bezug auf den Brain Drain wurde festgehalten, dass einige Maßnahmen wichtig sind, um diese Art der Migration zu einem positiven Phänomen für alle Beteiligten machen zu können:

- Zunächst einmal muss es den Abgabeländern besser möglich sein, das Potential der emigrierten Fachkräfte zu nutzen. Dies kann etwa durch Reintegrationsmaßnahmen geschehen, also durch den Versuch, nur befristet Migrierte wieder optimal in die eigene Wirtschaft zu integrieren.
- Ein weiterer Schritt wäre die Erleichterung der Rückkehr Hochqualifizierter in ihr Herkunftsland. Hierbei geht es vor allem darum, Anreize zu geben und den nötigen bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten.
- Durch gezielte Bildungspolitik können die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Heimatland so verbessert werden, dass die Attraktivität auch für Hochqualifizierte steigt.
- Die Erleichterung von Rücküberweisungen aus dem Ausland wäre ein zusätzlicher Schritt, um von ausgewanderten Fachkräften zu profitieren. So könnte leichter Geld in das Herkunftsland zurückfließen.
- Schließlich sollten mehr Anstrengungen unternommen werden, zirkuläre Migration zu ermöglichen. Zirkuläre Migration bezeichnet die flexible Organisation von Migrationsbewegung. Die Herkunftsstaaten sollen in diesem Modell vor allem befristete Migration fördern und die bestehenden Hindernisse dafür abbauen.

Auf diesem Weg sollen in Zukunft die Potentiale des Brain Drains für beide Seiten genutzt werden. Die theoretische Grundlage für diese Denkweise besteht darin, dass heute die Vorteile eines möglichen Rückflusses von Fachkräften in die ehemaligen Abgabeländer stärker gesehen werden. Dieser Gewinn an in einem anderen Land gut ausgebildeten Fachkräften wird als Brain Gain bezeichnet. Ein Beispiel für so eine Entwicklung ist die Rückkehr von Software-Spezialisten aus den USA zurück nach Indien. Diese zurückgekehrten Spezialisten trugen entscheidend zu dem Aufschwung in der indischen IT-Branche bei. Neben einem potentiellen Brain Gain wird teilweise die Entlastung des Arbeitsmarktes ebenfalls als ein möglicher Vorteil des Brain Drains genannt. Herrscht nämlich ein Überangebot an Fachkräften, kann ein Brain Drain zu einer Entlastung und einer politischen Stabilisierung führen. Auch hier kann Indien als Beispiel angeführt werden. Der starke Brain Drain von Software-Spezialisten



begründete sich auf einem Überangebot naturwissenschaftlicher Fachkräfte, für die die in Indien vorhandenen Stellen bei Weitem nicht ausreichten. Insgesamt hat sich die Wahrnehmung des Brain Drains verändert: Zwar bestehen die Nachteile und Probleme weiterhin, doch auch den möglichen Vorteilen wird heute mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Punkte zur Diskussion

- Wie sollten die Vereinten Nationen dem Thema Brain Drain zukünftig begegnen? Wo muss angesetzt werden: Sollten die Ursachen in den Entwicklungsländern mit mehr Anstrengungen bekämpft werden oder sollte man versuchen, die möglichen positiven Folgen des Brain Drains zu fördern?
- Die Vereinten Nationen sind der entscheidende Akteur beim Thema Entwicklungshilfe. Was für Maßnahmen können oder sollen ergriffen werden, um Entwicklungsländer vor einer Abwanderung ihrer Fachkräfte zu schützen oder dafür zu entschädigen?
- Wie könnte in Zukunft eine Zunahme des Brain Drain verhindert werden? Welche Anreize können für Fachpersonal geschaffen werden, in ihrem Heimatland zu bleiben? Wer steht hier in der Pflicht, Veränderungen zu unternehmen?
- Auf welche Art und Weise können die Vereinten Nationen und die Mitgliedsstaaten selbst Brain Drain zu einer positiven Entwicklung für alle Beteiligten machen, zu einer Win-Win-Situation?
- Viele Industriestaaten bekämpfen den Fachkräftemangel im eigenen Land durch Anreizsysteme für hochqualifizierte Einwanderer und deren Familienmitgliedern. Handelt es sich dabei um ein faires System oder werden die Abgabländer von den Industrienationen ausgebeutet? Welche konkreten Alternativen könnte es geben?

Wichtige Dokumente

- Resolution A/RES/60/265 der Generalversammlung von 2006 zur Erreichung der Millenniumsziele:
<http://www.un.org/depts/german/gv-60/band3/ar60264.pdf>
- Resolution A/RES/61/208 der Generalversammlung von 2007 zu internationaler Migration und Entwicklung:
http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/61/208&Lang=E
- Resolution A/RES/68/228 der Generalversammlung von 2013 zur Entwicklung menschlicher Arbeitskräfte:
http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/68/228

Quellenangabe und weiterführende Lektüre

- Ausführliche Informationen zum Thema Brain Drain und den unterschiedlichen Positionen dazu: „Brain Drain und seine Auswirkungen auf Entwicklungsländer“, Working Paper 20 der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung:
http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Workingpaper/WP20_Braindrain.pdf
- Informationen zu den Auswirkungen des Brain Drains auf Abgabe- und Aufnahmeländer: „Vom Brain Drain und Brain Gain“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Migration und Integration:
http://www.fes.de/aktuell/focus_interkulturelles/focus_1/documents/17_000.pdf
- Abgrenzung der Begriffe Brain Drain, Brain Gain, Brain Circulation: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung:
<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/entwicklungspolitik/von-brain-drain-zu-brain-circulation.html>



- Möglichkeiten für Regierungen, einem Brain Drain zu begegnen: OECD Observer, „The brain drain: old myths, new realities“ (Englisch):
http://www.oecdobserver.org/news/archivestory.php/aid/673/The_brain_drain:_Old_myths,_new_realities.html
- Höhe des Brain Drains in OECD-Staaten:
<http://www.oecd.org/dev/poverty/migrationandthebrainrainphenomenon.htm>
- Brain Drain medizinischen Personals: „Brain Drain and Brain Gain: Selected Country Experiences and Responses“ (Englisch):
http://www.worldhealthsummit.org/fileadmin/downloads/2013/WHSRMA_2013/Presentations/Day_2/Dayrit%20Manuel%20-%20Brain%20Drain%20and%20Brain%20Gain%20Selected%20Country%20Experiences%20and%20Responses.%20.pdf



Zugang zu technischem Fortschritt

Einführung

Der Begriff Technik umfasst zunächst zwei Definitionen. Zum einen nutzenorientierte Gegenstände, die von Menschen hergestellt worden sind, zum anderen menschliche Handlungen, die diese Gegenstände verwenden. Das Verfügen über die neuste Technik dieser beiden Gruppen hat insbesondere in den letzten 200 Jahren zu Wohlstand und Entwicklung geführt. Technik erlaubt effizienteres Arbeiten und ermöglicht Entwicklung im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich. In armen Regionen kann Technik Hunger und Durst zu beenden, ob in Form von Traktoren, mechanischen Pumpen oder Wissen über effiziente Fruchtfolgen. Anderen Regionen kann Technik wirtschaftliches Elend beenden und Entwicklungsperspektiven eröffnen. Somit hat Technik für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine erhebliche Bedeutung. Hilfe in Form von technischen Gegenständen oder technischer Beratung kann bedeuten, Menschen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um eigene wirtschaftliche und humanitäre Not zu beenden. Oftmals stellt gerade das die nachhaltigste Form von Entwicklungszusammenarbeit dar. Jedoch ist der Zugang zu fortschrittlicher Technik nicht nur ein Faktor, der zur Beendigung von Not und Armut beitragen kann. Auch in der fortgeschrittenen Entwicklung einer Gesellschaft spielt die Verfügbarkeit von Technik eine große Rolle. Insbesondere der Know-How-Faktor gewinnt dann beträchtlich an Bedeutung. Ohne den Zugang zu neuen Entwicklungen wird es für Industrie-Schwellenländer beinahe unmöglich, mit der Wirtschafts- und Innovationskraft postindustrieller Gesellschaften mitzuhalten.

Aktuelle Situation

Im sogenannten Informationszeitalter, der technischen Epoche, in welcher sich unsere Welt zurzeit befindet, verliert der Import von Maschinen und technischen Gegenständen in eine Gesellschaft immer mehr an Bedeutung.

Zwar existiert in vielen Ländern noch immer ein erheblicher Bedarf an gegenständlicher Technik, jedoch ist heutzutage der Zugang zu Information und Wissen zentral. Der Zugang zum Internet gewinnt damit eine herausragende Bedeutung. Das haben auch die Vereinten Nationen erkannt. UN-Sonderberichterstatter Frank La Rue hat in seinem Bericht von 2011 gefordert, den Zugang zu unzensuriertem Internet als ein Menschenrecht zu definieren. Er forderte weiter, dass sich die Vereinten Nationen aktiv für den Ausbau von Netzkapazitäten und Zugangspunkten in strukturschwachen Regionen einsetzen. La Rue stellt einen direkten Bezug dieses Menschenrechtes zu dem auf freie Meinungsäußerung und persönliche Entfaltung her. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, dass dieser Zugang eine unmittelbare Auswirkung auf die Erlangung von zivilisatorischem Wohlstand hat. Bisher ist das Recht auf einen Internetzugang allerdings noch nicht Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, insbesondere ist nicht klar, wer die Garantenstellung für ein solches Menschenrecht übernehmen könnte. Die Zahlen legen aber nahe, dass ein Handeln dringend geboten ist. In den 50 ärmsten Ländern der Welt haben 90 Prozent der Menschen keinen Zugang zum Internet. Insgesamt haben etwa vier Milliarden Menschen keinen Zugang zum Internet. Die UN haben zur Bekämpfung dieses Missstandes die UN-Breitbandkommission gegründet. In ihrem Bericht von 2015 hat diese festgestellt, dass das in den Entwicklungszielen der UN festgelegte Ziel von vier Milliarden Internetnutzern 2015 nicht erreicht wurde und es mit den momentanen Anstrengungen bis 2020 nicht erreicht werden wird. Auch auf dem Gebiet des Technologietransfers besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Seitens der UN ist die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung mit der Überwachung und Förderung des internationalen Technologietransfers betraut. Sie hält bereits ein Portal für technologische Kooperationen vor. Dieses ermöglicht Unternehmen schnelle Kooperation mit staatlichen Stellen und damit eine bessere Verbreitung von Technologie und Innovation investitionsbereiter Unternehmen. Diese Unternehmen sind der zentrale Vektor, mit dem



die UNCTAD und die mit ihr in Verbindung stehende Kommission für Wissenschaft und Technik des Wirtschafts- und Sozialrates versuchen, Technologie in die Regionen zu bringen, die sie am dringendsten benötigen. Zentrale Aspekte dieser Politik sind Anreize und Kommunikationshilfen. Die Anreize werden in der Form des Abbaus von Investitionshemmnissen und der Vermittlung von Arbeitskräften geschaffen. Die Kommunikation zwischen Regierungsstellen und lokalen Anrainern wird ebenfalls durch Entwicklungsarbeiter und Dolmetscher der Vereinten Nationen erleichtert. Die Effizienz dieses Vektors „Privatunternehmen“ ist aber in der letzten Zeit mehr und mehr in Frage gestellt worden. Nichtregierungsorganisationen wie etwa Greenhelmet bemängeln häufig fehlende Nachhaltigkeit hinter den Konzepten der Unternehmen. Diese würden zu oft lediglich eine billige Produktionsstätte für den globalen Markt suchen und die lokale Wirtschaft und die Absatzmärkte vor Ort hinten anstellen. Die daraus resultierende Gefahr sei die natürliche und menschliche Ausbeutung der eigentlich geförderten Regionen.

Probleme und Punkte zur Diskussion

So hilfreich und wichtig Technologie auch ist, die Zeit, in der sie allein als selig machend bezeichnet werden konnte, ist spätestens seit Mitte der 1970er Jahre vorbei. Seit dieser Zeit haben zahlreiche Beispiele gezeigt, wie viele Probleme es bei der Technisierung gibt. Drängendstes Problem ist mit Sicherheit die Umweltverschmutzung. Fortschritt durch Technik geht immer einher mit einem erhöhten Energiebedarf und verstärkten Transportkapazitäten. Der billigste Weg das zur Verfügung zu stellen sind Systeme auf Basis fossiler Brennstoffe wie etwa Kohlekraftwerke. Wie technischer Fortschritt ohne diese Systeme erreicht werden kann, ist noch offen. Einen Ansatz stellt der Weltklimavertrag vom 13.12.2015 dar, der den Schwellen- und Entwicklungsländern den Verzicht auf diese Technologien ermöglicht, indem die (Post-)Industrienationen dafür Ausgleichszahlungen leisten. Jedoch ist damit noch lange nicht der Kampf gegen die Umweltverschmutzung durch Technologie gewonnen. Ein Beispiel für ein

großes Problemfeld ist etwa die Entsorgung von verseuchten Abfallstoffen technischer Prozesse. Schwermetalle oder giftige Chemikalien gelangen bei vielen Herstellungsprozessen ungefiltert in die Umwelt, so etwa bei der Goldverhüttung oder der Kunststoffproduktion. Ferner stellt auch die technisierte Kulturnutzung von Landschaft ein Problem dar. Insbesondere Regenwälder werden bei einer rein technischen Nutzung radikal zerstört. Es ist also nötig mit der Technologie eine entsprechende Verantwortung um im Umgang damit zu liefern. Wichtig ist darüber hinaus der Umgang mit den Menschen. Zunehmende Technisierung droht häufig den Menschen als Bediener und Profiteur zu überfordern. Das ist zunächst eine Frage der Betriebssicherheit. In weniger entwickelten Ländern bestehen meist weniger restriktive Vorgaben für den Umgang mit Technik. Die Folge sind Betriebsunfälle mit teilweise fatalen Folgen. Das gravierendste Beispiel ist die Katastrophe von Bhopal vom 3. Dezember 1984. In einer Chemiefabrik explodierten Chemikalien nach unsachgemäßer Reinigung. Mit einer verantwortungsvollen Kontrolle und strengeren Sicherheitsbestimmungen hätten hier tausende Tote (die genaue Zahl ist bis heute unklar) verhindert werden können. Zunehmende Technisierung im Agrarsektor kann auch bedeuten Menschen ihre bisherige Lebensgrundlage zu nehmen. Hier muss im Voraus geprüft werden, ob diese Effekte abgefedert oder verhindert werden können. Der Punkt des Netzausbaus birgt ebenfalls Risiken. Zunächst ist ein unbeschränkter und freier Internetzugang abhängig von nationalen Strukturen. Zensur und Übernahme der Netzstruktur durch staatliche Stellen würden Hilfen der Vereinten Nationen missbräuchlich verwenden. Für den Netzausbau selbst ist es unrealistisch strukturschwache Regionen mit Mobilfunkmasten oder Kabeltechnik auszustatten. Hier wird vermutlich das Verfügen über breite, schnelle und günstige Satellitenverbindungen der Schlüssel zum Erfolg sein. Letztlich ist der Zugang zu Technik immer eine Voraussetzung zu Entwicklung, der aber nicht blind eröffnet werden kann. Eine entsprechende Resolution muss sich in einem



Spannungsfeld zwischen Förderung von Technik und Verantwortung sowie in Voraussicht der zu erwartenden Folgen von Technisierung bewegen.

Quellen

- Bericht des UN Sonderberichterstatters Frank La Rue:
http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/17session/A.HRC.17.27_en.pdf
- Bericht über den Internet Zugang auf „theatlantic.com“:
<http://www.theatlantic.com/technology/archive/2015/09/united-nations-internet-access/406552/#>
- Bericht der UN-Breitbandkommission:
<http://www.broadbandcommission.org/Documents/reports/bb-annualreport2015.pdf>
- Abschlussdokument der UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT zum Thema Technologietransfer:
<http://unctad.org/en/docs/psiteiid28.en.pdf>
- Bericht der UNCTAD zu Technologie:
http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/tir2012overview_en.pdf

Recht auf lebensnotwendige Medikamente

Einführung und Geschichte

"Für die Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist es von besonderer Bedeutung, dass die Erkenntnisse der medizinischen, psychologischen und verwandten Wissenschaften allen Völkern zugänglich sind." (aus der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation)

Die Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde von 194 Staaten anerkannt und ratifiziert, womit all diese das Recht eines jeden Menschen auf Gesundheit anerkennen und sich zusätzlich verpflichten, in der WHO für dieses Ziel zu arbeiten. Ein Bestandteil des Rechts auf Gesundheit ist das Recht auf essentielle Medikamente, die erforderlich sind, um die Gesundheit des Einzelnen zu erhalten. Diese werden auf einer Liste der WHO festgelegt, die von Zeit zu Zeit erneuert wird, zuletzt im April 2015. Diese ist nicht verbindlich und kann durch jedes Land entsprechend den eigenen Umständen angepasst werden.

2014 hatten laut einem Report des Suchtstoffkontrollrates der UN 5,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu vernünftigen Schmerzmitteln, die ebenfalls Teil der essentiellen Medikamente sind. Die Staatengemeinschaft hat auf vielfältige Weise ihren Willen erklärt, die Situation zu verbessern, trotzdem haben viele Menschen kaum Zugang zu den Medikamenten, die sie benötigen. Die Gründe für die unzureichende Umsetzung des Rechts auf lebensnotwendige Medikamente sind vielfältig und werden im nächsten Abschnitt erörtert.

Problematik

Die Barrieren auf dem Weg zu einer vollständigen Umsetzung des Rechts auf essentielle Medikamente liegen im privaten und öffentlichen Sektor, aber auch in der nicht ausreichenden Zusammenarbeit der beiden Sektoren.

Obwohl das Patentrecht einen negativen Einfluss auf die Verteilung von essentiellen Medikamenten an alle Staaten und Menschen hat,

sind andere marktgesteuerte Einflüsse inzwischen viel gravierender, da die meisten (vor der Revision 2015: 95%) der essentiellen Medikamente in generischer Form, also patentfrei, zugänglich sind. Ein großes Problem ist jedoch die marktorientierte Forschung an neuen Medikamenten. Das Gros der Forschung wird von Pharmaunternehmen durchgeführt oder finanziert, die den Gesetzen des Marktes unterliegen. Sie investieren vor allem in die Forschung von Medikamenten, für die ein großer Absatz in Ländern vorhersehbar ist, in denen also viel Geld für Medikamente ausgegeben wird. Damit werden einige Krankheiten, die für Länder mit niedriger Kaufkraft große Probleme darstellen, aber in Ländern mit großer Kaufkraft kaum bis gar nicht auftreten, bei der Forschung sehr vernachlässigt (z. B. Ebola oder Tuberkulose). Zusätzlich wird die Produktion mancher Medikamente komplett eingestellt, wenn der Absatzmarkt in den wirtschaftlich starken Staaten nicht mehr vorhanden ist, egal ob das Medikament in anderen Ländern noch benötigt wird oder nicht.

In den letzten Jahren wurden in einigen Ländern große Fortschritte in der nationalen Verfügbarkeit essentieller Medikamente gemacht, z.B. durch die staatliche Produktion von generischen Medikamenten oder mit Hilfe von Nicht-Regierungsorganisationen. Diese Medikamente dann regional zu verteilen, scheitert jedoch häufig an der fehlenden Infrastruktur und einer unzureichenden Anzahl von Gesundheitsarbeitern. Selbst wenn ein Medikament also günstig zugänglich gemacht wird und im ausreichenden Maße in einer Region vorhanden ist, ist der Zugang häufig noch nicht vollständig gesichert, wie am Beispiel von Uganda deutlich wird: Die von der US-amerikanischen Organisation USAID finanzierte Organisation SURE (Securing Ugandas Right to Essential Medicines) evaluierte dort 2010 die Situation des Gesundheitssystems und fand neben einer starken Unterfinanzierung vor allem (infra)strukturelle Probleme vor.

Der Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten ist jedoch nicht allein ein Problem der Länder ohne oder mit sich im Aufbau befindenden Sozialsystemen und niedriger Kaufkraft. Bereits vor der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 gab es Ap-



pelle der UN an die Zielländer der Asylsuchenden, den Zugang zur Gesundheitsversorgung gerechter zu gestalten. In der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise ist die Versorgung auf akute Krankheiten beschränkt, womit Medikamente für chronische Krankheiten wie Diabetes verwehrt sind. In Kanada wird ebenfalls ein Diskurs über die minimale Versorgung der Asylsuchenden geführt. Ebenfalls ist zu bemerken, dass auch einige wirtschaftlich starke Staaten über kein allumfassendes Gesundheitssystem verfügen, was dazu führt, dass auch dort nicht alle Bürger Zugang zu essentiellen Medikamenten haben.

Aktuelle Entwicklungen

Zur Lösung der Problematik wird vor allem versucht, eine internationale Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Akteuren aufzubauen.

2006 gründeten das Vereinigte Königreich, Brasilien, Chile, Frankreich und Norwegen die gemeinnützige Organisation UNITAID, die die Aufgabe hat, die Medikamente für die breite Masse an Menschen zugänglich zu machen und die Forschung an Medikamenten und Impfstoffen für weit verbreitete Krankheiten zu fördern. So schreibt sich UNITAID beispielsweise auf die Fahnen, die Zahl der HIV-Infizierten, die eine anti-retrovirale Therapie bekommen, von 1,6 auf 13 Millionen erhöht zu haben.

Ebenfalls im Jahr 2006 finanzierte die WHO eine Studie, in der die Möglichkeit geprüft wurde, das Recht auf essentielle Medikamente durch das Recht auf Gesundheit in Gerichten in südamerikanischen Staaten einzuklagen. 59 von 71 Klagen waren erfolgreich, was zeigt, dass das Klagen als letztes Ressort auch in Ländern, in denen Sozialsysteme noch aufgebaut werden, möglich ist. Der Autor der Studie betont jedoch, dass die Staaten eher in der Vorsorge das Recht für jeden Bürger umsetzen sollten und nicht erst nach einer Klage.

Beim Treffen der Gruppe der G7 im Jahr 2014 wurde beschlossen, die gemeinnützige Organisation GAVI, die seit 2000 versucht, in Zusammenarbeit mit privaten und öffentlichen Institutionen neue oder wenig genutzte Impfungen für Kinder in armen Ländern zugänglich zu machen, weiterhin finanziell zu unterstützen, um u.a. 300

Millionen Kinder im Zeitraum von 2016-2020 impfen zu lassen. Nicht-Regierungsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Universities Allied for Essential Medicines, Open Society Foundations und andere appellieren in Kampagnen immer wieder für das Recht auf essentielle Medikamente.

Die UN nahm den Zugang zu essentiellen Medikamenten in die Millenniumsentwicklungsziele als Teil des Ziels des Aufbaus einer globalen Partnerschaft für Entwicklung mit auf. Daten der WHO ergaben, dass zwischen 2007 und 2014 in Staaten mit im Durchschnitt wenig bis mittleren Einkommen in 58,1% der öffentlichen und 66,6% der privaten Gesundheitseinrichtungen generische Medikamente vorhanden waren. Dies ist zwar eine Verbesserung zu 1990, jedoch immer noch deutlich unzureichend und zeigt, dass trotz des oben beschriebenen Engagements der vielen Staaten und Institutionen noch viel getan werden muss.

Punkte zur Diskussion

Das spezifische Recht auf lebensnotwendige Medikamente ist außerhalb des Rechts auf Gesundheit kaum anerkannt. Es stellt sich die Frage, ob die Situation durch eine spezifische Anerkennung des Rechts der Staaten verbessert werden kann. Die Kommission für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung sollte diskutieren, in welcher Form eine spezifische Anerkennung dieses Rechts möglich und hilfreich für die Situation ist.

Es sollten außerdem Maßnahmen gefunden werden, die internationale Kooperation in der Zusammenarbeit mit Pharmaunternehmen weiter auszubauen, um die Forschung an Medikamenten außerhalb der Gesetze des Marktes zu fördern und zu finanzieren.

Um die vorhandenen Medikamente verteilen zu können, muss die Gesundheits-Infrastruktur in vielen Regionen verbessert werden. Wie können die Vereinten Nationen die Staaten dabei unterstützen? Wie kann eine Umsetzung des Rechts auf essentielle Medikamente auch in Ländern mit unzureichenden Gesundheitssystemen verbessert werden? Und wie kann der Zugang zu essentiellen Medikamenten für Asylsuchende gesichert werden?



In NGOs und internationalen Organisationen wie UNITAID und GAVI, die sich mit diesem Thema beschäftigen, ist bereits viel Know-How vorhanden. Wie können sie weiter miteinbezogen und unterstützt werden?

Wichtige Dokumente

- Liste essentieller Medikamente der WHO (eng):
<http://www.who.int/medicines/publications/essentialmedicines/en/>
- Evaluation der MDGs (Seite 67ff, eng):
http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Gap_2015_E_web.pdf
- Resolution der Welt-Gesundheitsversammlung 2014, WHA67.22 (eng):
<http://apps.who.int/medicinedocs/en/d/Js21453en/>
- Verfassung der WHO in der deutschen Übersetzung:
<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19460131/201405080000/0.810.1.pdf>
- Themenseite der WHO (eng):
http://www.who.int/medicines/areas/human_rights/en/

Quellen und weiterführende Links

- Studie zur Einklagemöglichkeit (eng):
http://www.who.int/medicines/news/Lancet_EssMedHumanRight.pdf
- Artikel zur Erneuerung der Liste über essentielle Medikamente (eng):
<http://www.ip-watch.org/2015/04/21/who-reviews-its-essential-medicines-list-some-new-candidates-under-patent/>
- Kampagnen-Seite von Ärzte ohne Grenzen (eng):
<http://www.msfacecess.org/>
- Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen:

- Deutschland:
<http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-gesundheit-101.html>
- Kanada (eng):
<http://www.doctorsforrefugeecare.ca/the-issue.html>
- Situation in Uganda:
<http://apps.who.int/medicinedocs/documents/s21954en/s21954en.pdf>



Kurzeinführung Völkerrecht für die Kommission für Wissenschaft und Technik

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen der Staaten untereinander und zu internationalen Organisationen. Es setzt sich vor allem aus zwischenstaatlichen Verträgen und der allgemein als rechtsverbindlich anerkannten Praxis der Staaten (Völkergewohnheitsrecht) zusammen. Dabei handelt es sich um ungeschriebene Gesetze, die alle Akteure anerkennen und achten. Auf nationaler Ebene sorgen Polizei und Gerichte für die Einhaltung der Gesetze. Auf internationaler Ebene fehlt ein Akteur, der völkerrechtliche Regelungen durchsetzt, sodass sie häufig missachtet werden. Die einzige Möglichkeit, solche Völkerrechtsverletzungen zu ahnden, besteht meistens in öffentlichem, diplomatischem, wirtschaftlichem oder militärischem Druck.

Souveränität

Souveränität bedeutet, dass ein Staat innerhalb der eigenen Grenzen und gegenüber anderen Staaten unabhängig agieren kann und in der Ausübung seiner Staatsgewalt frei ist. Zwischen den souveränen Staaten besteht ein Gleichheitsgrundsatz. Nur völkerrechtliche Verpflichtungen können Staaten in ihrem Handeln einschränken. Hierzu zählt bspw. der Grundsatz des Gewaltverzichts in der Charta der Vereinten Nationen: Einem Mitgliedsstaat ist es außer in Fällen der Selbstverteidigung verboten, mit Gewalt gegen andere Staaten vorzugehen. Die Souveränität eines Staates wird verletzt, wenn gegen seinen Willen auf seinem Staatsgebiet interveniert wird. Außerdem kann der UN-Sicherheitsrat zur Wahrung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens mit verbindlichen Resolutionen die Souveränität der UN-Mitgliedsstaaten einschränken. Kein Eingriff in die Souveränität liegt vor, wenn Staaten freiwillig neue Verpflichtungen eingehen, z. B. durch den Beitritt zu einem völkerrechtlichen Vertrag. Auch Empfehlungen der Vereinten Nationen stellen keinen Souveränitätseingriff dar, da sie unverbindlich sind. Staaten können dagegen verstoßen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen haben die Aufgabe, für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, friedliche Streitbeilegung, Zusammenhalt bei wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Problemen sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sorgen. Die Kompetenzen der Vereinten Nationen sind hierbei sehr beschränkt. Alleine der Sicherheitsrat kann gemäß Kapitel VII der Charta für einzelne Staaten völkerrechtlich verbindliche Regelungen treffen und auch das nur, wenn eine Bedrohung des Weltfriedens oder der internationalen Sicherheit vorliegt. Die anderen Gremien können Staaten nur Vorschläge machen und ihnen ein bestimmtes Handeln empfehlen.

Kommission für Wissenschaft und Technik

Die Kommission für Wissenschaft und Technik ist ein Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrates. Sie arbeitet für diesen u. a. Vorschläge zur Gestaltung von Resolutionen aus. Da die Vorschläge vom Wirtschafts- und Sozialrat eigenständig als Resolutionen verabschiedet werden, sind dessen Kompetenzen auch für die Resolutionsentwürfe der Kommission für Wissenschaft und Technik maßgeblich. Der Wirtschafts- und Sozialrat behandelt Fragen in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Kultur, Erziehung sowie Gesundheit (Art. 61ff. UN-Charta). Er kann Untersuchungen durchführen, Berichte erstellen sowie Resolutionen zu seinem Themenbereich verabschieden. Hierbei kann der Wirtschafts- und Sozialrat gegenüber der Generalversammlung, den Staaten der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen Empfehlungen geben und Vorschläge übermitteln. Außerdem kann er im Rahmen seiner Zuständigkeit Konferenzen einberufen. Selbst wenn die Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrates völkerrechtlich unverbindlich sind, wird ihnen vor allem von der interessierten Öffentlichkeit sowie Verbänden aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt große Beachtung



geschenkt. Ein wichtiger Faktor ist dabei die bei den Vereinten Nationen vorherrschende Konsensorientierung: Die Mitgliedsstaaten sind immer darum bemüht, Resolutionen mit breiter Mehrheit oder sogar einstimmig zu verabschieden. Dieses Prinzip sorgt für einen großen Rückhalt der verabschiedeten Inhalte und begünstigt auch vor dem Hintergrund der Unverbindlichkeit deren Einhaltung.

Hinweis für das Verfassen von Arbeitspapieren und Resolutionsentwürfen

Grundsätzlich haben Ihre Resolutionen in der Kommission für Wissenschaft und Technik nur empfehlenden und vorschlagenden Charakter. Keinesfalls können Sie gegenüber Staaten verbindliche Regelungen treffen.